

Konjunktur aktuell: Trotz steigender Abwärtsrisiken legt Binnenkonjunktur in Deutschland vorübergehend einen höheren Gang ein*

Die deutsche Wirtschaft ist in den ersten Monaten dieses Jahres nach kurzzeitiger Pause auf den Aufschwungpfad zurückgekehrt. Treibende Kraft war die Nachfrage aus dem Ausland. Aber auch die Unternehmen in Deutschland schafften mehr Ausrüstungs- und die privaten Haushalte mehr Konsumgüter als Ende 2005 an. Der Aufschwung entwickelte sich damit auf einer breiten Basis. Seine Stärke blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Die Expansion der Nachfrage zog eine hohe Dynamik der Importe nach sich. Dies bremste den Produktionsanstieg. Zudem stand die besonders ungünstige Witterung in den Wintermonaten der Entfaltung der Bauaktivitäten im Wege. So fiel der Start im neuen Jahr verhalten aus.

Trotzdem ist die Stimmung in der Wirtschaft außergewöhnlich gut, und unter den Konsumenten hellt sie sich auf. Auch die Rahmendaten im Inland sprechen für eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion im weiteren Verlauf dieses Jahres. Im weltwirtschaftlichen Bereich haben sich allerdings die Abwärtsrisiken der Konjunktur erhöht. Der Ölpreis liegt – vor allem aufgrund der Spannungen um den Iran – seit April auf Rekordwerten um 70 US-Dollar pro Barrel (Brent). Zudem ist auf den Weltfinanzmärkten einige Unruhe aufgekommen: Der Dollar hat seit Mitte April gegenüber dem Euro etwa 5 % seines Wertes und in schwächerem Maße auch gegenüber Pfund und Yen verloren. Im Mai haben weltweit die Aktienkurse nachgegeben; besonders stark waren die Verluste an den Börsen in vielen Schwellenländern und in Europa. Zugleich haben sich die Risikoaufläufe von Schuldtiteln unsicherer Schuldner deutlich erhöht. Zeitpunkt und Geschwindigkeit der Eintrübung des Klimas auf den Weltfinanzmärkten sind überraschend, nicht aber die Sache an sich: Sie ist eine Reaktion auf die veränderten geldpolitischen Rahmenbedingungen; sind doch die wichtigsten Notenbanken seit geraumer Zeit dabei, den geldpolitischen Expansionsgrad auf ein neutrales Niveau zurückzuführen. Für Europa bedeutet der jüngste Zinsschritt zwar noch keinen Wechsel zu einem restriktiven geldpolitischen Kurs, die EZB

gibt aber damit ein deutliches Signal, jedes Anzeichen für eine Erhöhung der Inflationserwartungen im Keime zu ersticken. Der allmählich Fahrt aufnehmende wirtschaftliche Aufschwung im Euroraum dürfte von dieser Seite vor Übersteigerungen gefeit sein.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2006 und 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,2	0,8	0,1
Staatskonsum	0,1	0,1	0,2
Anlageinvestitionen	-0,2	2,9	1,9
Ausrüstungen	4,0	5,5	5,0
Bauten	-3,4	0,7	-0,6
Sonstige Anlagen	1,8	4,0	3,5
Inländische Verwendung	0,4	1,2	0,3
Exporte	6,3	9,3	5,8
Importe	5,3	9,4	4,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,7	1,2
<i>Nachrichtlich: USA</i>	3,5	3,4	3,0
Euroraum	1,3	1,9	1,9
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,6	0,0	0,0
Tariflöhne je Stunde	0,9	1,1	1,4
Effektivlöhne je Stunde	0,9	0,6	1,2
Lohnstückkosten ^a	-0,8	-1,1	-0,7
Verbraucherpreisindex	2,0	1,6	2,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 783	38 842	38 948
Arbeitslose ^c	4 861	4 540	4 390
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	11,2	10,5	10,2
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,3	-2,8	-1,9

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 8. Juni 2006).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 16/2006 am 9. Juni 2006 veröffentlicht.

Die vor allem von den USA ausgehende nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft und die Aufwertung des Euro werden den Anstieg der deutschen Exporte im späteren Verlauf dieses Jahres und danach in der Grundtendenz dämpfen, wenn gleich die erneut steigenden preislichen Wettbewerbsvorteile gegenüber den Haupthandelspartnern im Euroraum stützend wirken. Im Inland signalisieren erste Anzeichen eine weitere Zunahme der privaten Konsumausgaben in diesem Jahr. Die Masseneinkommen erholen sich zwar nur wenig, dafür expandieren die Gewinnentnahmen der Privaten und die Betriebsüberschüsse kräftig. Die privaten Haushalte werden zu zusätzlichen Käufen angeregt, um Mehrausgaben im kommenden Jahr im Gefolge der inzwischen beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer zu vermeiden. Dazu nehmen sie eine Verringerung der laufenden Ersparnisbildung in Kauf. Eine ähnliche Wirkung dürfte von der Anhebung der allgemeinen Verbrauchsteuer auf den Wohnungsbau in diesem Jahr ausgehen. Im kommenden Jahr wird die restriktive Finanzpolitik den privaten Konsum bremsen. Der von der Steuererhöhung ausgelöste Preisschub wird die Kauflust vorübergehend deutlich zügeln. Im Jahresdurchschnitt ist wegen der nach wie vor gedämpften Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven mit Stagnation beim Konsum zu rechnen.

Die Investitionstätigkeit legt in diesem Jahr in allen Sparten zu. Bei den Ausrüstungsinvestitionen greifen weiterhin die Impulse vom Export über. Zudem stützen die noch niedrigen Kapitalmarktzinsen und die verbesserten Abschreibungsbedingungen. Erleichtert werden die Investitionsentscheidungen durch die gestiegenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Im Wirtschaftsbau brechen sich die seit einigen Jahren unterlassenen Investitionen Bahn, und der Staat investiert wieder stärker in die Infrastruktur vor allem wegen der verbesserten Finanzlage der Gemeinden. Die Bauinvestitionen erhalten zudem Auftrieb von den nachzuholenden Produktionsausfällen zu Jahresbeginn. Im kommenden Jahr fehlen allerdings beim Wohnungs- und Wirtschaftsbau zusätzliche Impulse, und die Finanzierungsbedingungen über den Kapitalmarkt regen weniger an.

Alles in allem wird sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den verbleibenden Quartalen dieses Jahres auf 0,6 bis 0,7 Prozent verstärken, wenngleich sich die Risiken erhöht haben. Der nur mäßige Start drückt zwar auf die jah-

resdurchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Eine geringfügige statistische Anpassung der Vorausschau macht jedoch wenig Sinn, solange sie sich im üblichen Unsicherheitsintervall von Prognosen bewegt. Das IWH hält deshalb an der Prognose von 1,7% Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in diesem und 1,2% im nächsten Jahr fest.

Am Arbeitsmarkt ist der wirtschaftliche Aufschwung noch nicht angekommen. Zwar geht die registrierte Arbeitslosigkeit deutlich zurück, der Anstieg der Beschäftigung bleibt jedoch sehr verhalten. Neue Erwerbsverhältnisse sind bislang im wesentlichen durch zusätzliche, vom Staat geförderte Arbeitsgelegenheiten entstanden und nicht im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die eigentliche Wende am Arbeitsmarkt steht in diesem Jahr noch bevor. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Prognosezeitraum jährlich um rund 100 000 Personen steigen. Die Arbeitslosenquote wird im Schnitt 10,5% betragen.

Allen Bedenken in Wirtschaft und Wissenschaft zum Trotz hat die Regierung die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% beschlossen. Nach wie vor gilt: Abgabenerhöhungen sind der falsche Weg zur nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte, da sie mittelfristig das Wachstumspotential beeinträchtigen. Kurzfristig tragen sie allerdings zur Konsolidierung bei. Bereits im laufenden Jahr werden die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer wegen der vorgezogenen Käufe steigen. Die Beschleunigung der Konjunktur insgesamt und die Maßnahmen zum Subventionsabbau werden schon 2006 die Defizitquote unter die Drei-Prozent-Marke sinken lassen. Im kommenden Jahr wird mit dem restriktiven Haushaltskurs die Defizitquote unter 2% fallen.

Mit dem jüngsten Zinsschritt hat die EZB ihren Willen bekräftigt, den Expansionsgrad der Geldpolitik weiter einzudämmen. Allerdings sind die Folgen einer solchen Entscheidung derzeit mit hoher Unsicherheit verbunden. Aus Sicht der monetären Analyse scheint die anhaltend dynamische Geldmengenexpansion auf erhöhte Inflationsrisiken im Euroraum hinzudeuten, zumal diese zunehmend durch eine Ausweitung der Kredite geprägt ist. Gerade letztere ist aber vorsichtig zu interpretieren, da sie – durch den Wegfall der umfangreichen Wertberichtigungen der letzten Jahre – die tatsächliche Ausweitung der Kreditvergabe möglicherweise statistisch überzeichnet. Zudem hatte

die sehr expansive Geldpolitik in der Vergangenheit nicht in dem Maße auf die Preise durchgeschlagen, wie es aus der monetären Analyse zu erwarten gewesen wäre. Dies deutet auf veränderte Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik hin. Auch werden die anhaltend hohen Energiepreise sowie die anstehende Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland nur zu einem temporären Anziehen der Teue-

rungsrate im Euroraum führen, sofern durch sie keine Zweitrundeneffekte ausgelöst werden.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

*Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden,
Diemo Dietrich, Ruth Grunert, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Götz Zeddies*

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Im Jahr 2005 hat sich infolge der Produktionsschwäche die an sich schon schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen (Inland) nahm gegenüber dem Vorjahr um 74 000 Personen bzw. 1,3% ab. Nur durch die Ausweitung von staatlich subventionierten Ich-AGs (ca. +30 000) sowie der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten (ca. +90 000), die beide statistisch den Erwerbstätigen zugeordnet werden, kam es zu keinem noch stärkeren Rückgang.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm sogar um 2,6% ab. Teilweise ist der Rückgang auf die weitere Abnahme von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen zurückzuführen. Derartige Beschäftigungsverhältnisse unterliegen der Sozialversicherungspflicht.

Unterbeschäftigung verharrt auf hohem Niveau

Die Unterbeschäftigung lag im Jahr 2005 auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.¹ Daß sie bei ei-

¹ Der hier verwendete Begriff der Unterbeschäftigung ist nicht mit der Definition der Unterbeschäftigung nach dem ILO-Konzept identisch (vgl. hierzu den Kasten). Dies herzuheben ist notwendig, da seit März 2006 das Statistische Bundesamt auch Angaben zur Unterbeschäftigung nach dem ILO-Konzept veröffentlicht.

Nach dem Konzept des IWH, das – bis auf wenige Ausnahmen – identisch ist mit dem Konzept des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg, zählen zu den Unterbeschäftigten die registrierten Arbeitslosen sowie die Sonstigen Unterbeschäftigten (vgl. Zeile 10 in Tabelle 3). Streng genommen zählen zu den Unterbeschäftigten auch die Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt (vgl. Zeile 4 in Tabel-

nem so kräftigen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen nicht proportional gestiegen ist, liegt vor allem in der weiteren Abnahme des – an der Zahl der Erwerbsfähigen gemessenen – Arbeitsangebots um 63 000 Personen. Insgesamt betrug die Unterbeschäftigungsquote² in Ostdeutschland (ohne Berlin) 22,5% (Westdeutschland: 11,7%).

Betrachtet man die Struktur innerhalb der Unterbeschäftigung, so sind auch hier erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Arbeitslosenanteil^a und Anteil der Sonstigen Unterbeschäftigung^b an der Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland^c
- in % -

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1992	2005	1992	2005
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	38,8	79,3	73,2	85,1
Anteil der sonstigen Unterbeschäftigung	61,2	20,7	26,8	14,9

^a Anteil der registrierten Arbeitslosen und der Arbeitslosen nach §§125, 126 SGB III an den Unterbeschäftigten (vgl. Zeile 29 in Tabelle 3). – ^b Anteil der Sonstigen Unterbeschäftigten (ohne Arbeitslose nach §§§ 125, 126 SGB III) an den Unterbeschäftigten. – ^c Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

le 3). Diese Arbeitsplätze würden größtenteils ohne staatliche Subventionen nicht vorhanden sein.

² Die Unterbeschäftigungsquote gibt den Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve an (vgl. Zeile 28 in Tabelle 3).